

Konzept für Projekte der politischen Bildung im Bereich der anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Thüringen

Es wurde erarbeitet von der Landesorganisation der freien Träger (LOFT) und dem Thüringer Volkshochschulverband (TVV) in Abstimmung mit dem TMBJS, Referat 23.

Vorbemerkung

Dieses Konzept bildet die Grundlage für die Förderanträge der anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung und deren Landesorganisationen und ist für die Planung, Durchführung und Verwendungsnachweisführung der beantragten Projekte verbindlich.

Im Einzelnen ist dieses Konzept auf das konkrete Profil der jeweiligen Einrichtung und hinsichtlich der Zielgruppen, Zeiträume und Maßnahmen zu konkretisieren. Dies ist im Sachbericht des Verwendungsnachweises darzulegen. Das Konzept wird jährlich evaluiert und bei Bedarf angepasst. Die Aussagen in diesem Konzept sind auch über die Projektarbeit hinaus Grundlagen für die Arbeit im Bereich der politischen Bildung.

1. Ausgangslage in Thüringen

Die gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre stellen auch die politische Bildung vor neue Herausforderungen.

Hierzu zählen insbesondere:

- Die Gesellschaft wird bunter und pluraler, was von jedem Einzelnen ein hohes Maß an Toleranz und die Akzeptanz von Vielfalt erfordert, die jedoch längst nicht überall gegeben ist.
- Migration ist für Thüringen kein neues Phänomen, steht seit einigen Jahren jedoch stärker im Vordergrund und hat zu teils scharfen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bis hin zu Gewalt geführt.
- Politische Polarisierungen nehmen auf mehreren Ebenen zu. Gleichzeitig fällt es vielen schwer, die Komplexität von politischen Prozessen zu verstehen und die Flut der medial vermittelten Informationen zu einer eigenständigen politischen Position zu verarbeiten.
- Politische Parteien und Gruppierungen mit rassistischen, menschenverachtenden, fremdenfeindlichen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Programmatiken sind immer stärker und unverhohlen im politischen Diskurs präsent. Rechtsextremistische und antisemitische Einstellungen haben in der Bevölkerung laut Thüringen-Monitor 2019 erheblich zugenommen. Auf die verstärkte Notwendigkeit der politischen Bildung hat in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die Enquete-Kommission 6/1 Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen hingewiesen.
- Zwar hat die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren wieder deutlich zugenommen, die Wertschätzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Rechtsstaatlichkeit unseres Systems ist jedoch gesunken. Bei nicht wenigen herrscht das Gefühl vor, an

„der“ Politik ohnehin nichts ändern zu können. Der Thüringen-Monitor hat in den letzten Jahren eine sinkende Demokratiezufriedenheit und eine wachsende Institutionenskepsis in der Thüringer Bevölkerung nachgewiesen.

- Verstärkt verbreiten sich über soziale Netzwerke Falschnachrichten, Verschwörungsmysmen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die von manchen unhinterfragt für wahr gehalten werden und dadurch nicht unerhebliche Relevanz entwickeln.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist ein umfassendes und dauerhaftes Angebot an politischer Erwachsenenbildung notwendig. Gleichzeitig ist aber auch wichtig festzustellen, dass politische Bildung niemals allein die aktuellen gesellschaftspolitischen Defizite und Herausforderungen bewältigen kann. Politische Bildung kann zur Lösung beitragen, niemals aber die Probleme insgesamt lösen.

2. Zum Begriff Politische Bildung

Politische Bildung beinhaltet im Sinne dieser Richtlinie alle Maßnahmen (von Bildungseinrichtungen), die dazu dienen, ein respektvolles Miteinander innerhalb der Gesellschaft zu fördern und jeden einzelnen Menschen als Teil einer mündigen und emanzipierten Zivilgesellschaft an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhaben zu lassen. Zentrale Ziele sind daher neben der Wissensvermittlung auch selbstbestimmtes Handeln und Lernen zu ermöglichen, unterschiedliche Perspektiven zu beleuchten, eigene Interessen und Positionen zu entwickeln und zu reflektieren, Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und zum Engagement für Vielfalt und die Verteidigung universeller Menschenrechte zu bestärken. Dabei wird neben klassischen Formaten und Sensibilisierungsveranstaltungen vor allem auf Dialogformate und Begegnungen mit unterschiedlichen Agierenden der Gesellschaft gesetzt, um Solidarität, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine gegenseitige Wertschätzung zu fördern.

3. Zielgruppen

Entsprechend der Definition im Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz (Thür EBG) vom 18. November 2010 (GVBl. S. 328), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (GVBl. S. 553) sind alle Menschen in Thüringen ab einem Alter von 16 Jahren Zielgruppe der Angebote der politischen Erwachsenenbildung. Dabei geht es um Bildungsangebote im städtischen und ländlichen Bereich.

Besondere Bemühungen sollten unternommen werden, Menschen zu erreichen, die Angebote der politischen Erwachsenenbildung bisher kaum oder gar nicht genutzt haben. Ebenso sollte verstärkt versucht werden, Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und Lebensentwürfen, die im Alltag keine Berührung miteinander haben oder sehr verschiedene Auffassungen vertreten, miteinander ins Gespräch zu bringen.

4. Ziele

Politische Bildung zielt vor allem darauf ab, dass Menschen eine eigene Haltung zu politischen Themen entwickeln und lernen, politisch zu handeln. Dazu sollen den Teilnehmenden Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die sie in die Lage versetzen:

- sich selbständige Urteile über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte zu bilden,

- eigene Rechte und Interessen wahrzunehmen und Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt zu beachten,
- die demokratischen Grundwerte zu akzeptieren und wertzuschätzen sowie für Toleranz und Menschenwürde, die Durchsetzung der Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, für soziale Gerechtigkeit und gegen Diskriminierungen jeglicher Art einzutreten,
- Interesse an den Positionen ihrer Mitmenschen zu entwickeln, sich in respektvoller Weise mit ihnen auseinanderzusetzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

5. Inhalte / Gegenstände

Politische Bildung vollzieht sich in einer bewussten Auseinandersetzung mit Politik in deren strukturellen, prozesshaften und inhaltlichen Dimension. Dies kann beispielsweise geschehen durch:

- die Vermittlung von Wissen über Politik und die Wirtschaftssysteme: z.B. Kenntnis der Verfassungsordnung und ihrer historischen Genese, der politischen Institutionen und ihrer Arbeit, Verständnis von politischen Entscheidungsverfahren und den Agierenden der politischen Willensbildung, Verständnis von ökonomischen Sachverhalten und die Fähigkeit zu deren Bewertung, grundlegende rechtliche Kenntnisse, verantwortungsbewusster Umgang mit den eigenen Daten und denen anderer, Beschaffung von und kritischer Umgang mit digitalen Informationen
- die Auseinandersetzung mit verschiedenen Perspektiven und die Ausbildung einer persönlichen Haltung: z.B. Diskussion von politischen Theorien, Kenntnis des Parteiensystems und seiner Entwicklung, Wissen über die Wehrhaftigkeit der Demokratie, Wissen um ökologische Zusammenhänge und die Entwicklung eines entsprechend umweltorientierten Problembewusstseins, Sensibilisierung zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und globalen Gerechtigkeit
- die Ermöglichung eigener politischer Erfahrungen: Kontakt zu Personen mit politischer Entscheidungskompetenz, Besuch von politischen Institutionen, fachliche Begleitung und Einordnung tagespolitischer Entwicklungen und Ereignisse,
- die Reflexion des politischen Handelns: Erfahrungsräume für politische Selbstwirksamkeit, Anregung der politischen Urteilsfähigkeit und Meinungsbildung, Befähigung zu einem kritischen und reflexiven Umgang mit Medien.

6. Formate

Politische Erwachsenenbildung ist in der Regel nicht-institutionalisiert. Daher ist die Ansprache von Zielgruppen politischer Bildungsmaßnahmen zumeist eine sehr diffizile Angelegenheit. Das Erkenntnisinteresse sowie die Ansprüche an Inhalt und Methodik sind häufig sehr stark individualisiert, was eine detaillierte Programmplanung erforderlich macht.

Eher klassische Formate wie Vorträge und Podiumsdiskussionen haben in der politischen Bildungsarbeit nach wie vor ihren Platz, da sie zur Vermittlung von Faktenwissen und zur Anregung einer diskursiven Meinungsbildung nachweislich geeignet sind. Dabei werden jedoch Beteiligungs- und Interaktionselemente zunehmend wichtig. Gleichwohl gilt es, neue Formen und Formate für diejenigen zu finden, denen der Zugang über die klassischen Angebote nicht gelingt. Die Anbietenden von politischer Bildung müssen sich ernsthaft um ein Verständnis derjenigen

bemühen, die sich nicht am politischen Diskurs beteiligen und Politik als abstrakt und fern ihrer Lebenswelt wahrnehmen.

Im Zentrum kann dabei zunächst die Auflösung der traditionellen „Komm-Struktur“ stehen: Die Erschließung neuer Zielgruppen bedeutet auch, die eigenen Angebote vermehrt auch jenseits der etablierten Bildungsorte durchzuführen. Dies kann sich auf den öffentlichen Raum beziehen (Wahl-O-Mat auf dem Erfurter Bahnhofsvorplatz) oder aber auch die verstärkte Nutzung digitaler bzw. sozialer Medien forcieren.

Zu den bewährten Formaten der politischen Bildung gehören – nicht abschließend –:

- Vortrag und Diskussion
- Podiumsdiskussion
- Gruppendiskussion
- Erzählcafé
- Zeitzeugengespräch
- Lesung
- Seminar
- Bildungsreise
- Institutionenbesuch
- Gedenkstättenbesuch
- Planspiel
- Ausstellung
- Film und Gespräch
- Wettbewerb
- Projekttag
- E-Learning-Angebot
- Tagung

Andere Formate, insbesondere partizipative, die Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden stärkende sowie Lernen am anderen bzw. dritten Ort, aber auch digitale Angebote, sollen ausdrücklich Gegenstand der politischen Bildung in der Erwachsenenbildung sein.

7. Projektförderung

Bei Vorhaben, die insbesondere die Konzeptentwicklung und Planung der Projekte im Bereich der politischen Bildung umfassen, sind folgende Kosten zuwendungsfähig:

- Kosten für im Projekt befristetes Personal (möglich ist auch der Einsatz von freiberuflichen Dozierenden),
- angemessene Kosten für die Einrichtung des Arbeitsplatzes,
- eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 7% der Gesamtkosten

In Bezug auf die Durchführung von Maßnahmen sind Honorarkosten, Mieten sowie Sachkosten förderfähig. Diese müssen den Maßnahmen entsprechend angemessen sein.

8. Kooperationspartner

Wesentlicher Erfolgsfaktor der politischen Bildung ist die bewusste Zusammenarbeit und Vernetzung mit Agierenden, die in der jeweils anvisierten Zielgruppe bereits verankert sind und Glaubwürdigkeit besitzen.

9. Nachhaltigkeit

Die nachhaltige Umsetzung von Projekten im Bereich der politischen Bildung bedeutet, dass am Ende bzw. im Verlauf eines Projektes Ergebnisse vorliegen, die die Eigenschaft haben, möglichst langfristige Wirkungen zu erzeugen. Das heißt, bereits zu Beginn eines Projektes wird festgelegt, wie die Ergebnisse am Ende bzw. im Verlauf aussehen sollen, damit eine langfristige Wirkung erzielt werden kann. Für eine nachhaltige Umsetzung ist das Denken und Planen weit über den Zeithorizont eines Projektes hinaus unabdingbar. Dazu zählt die Schaffung von neuen Strukturen oder Angeboten mit langfristigen Wirkungen (u.a. Personalplanung). Weiterhin zählt zu einer nachhaltigen Umsetzung die Multiplikation der Ergebnisse (Valorisierung), aber auch die langfristige Ausrichtung von Kooperationen.

Am Ende eines Projekts geht es darum zu überprüfen, was von den formulierten Zielen erreicht werden konnte und was nicht, aber auch welche Ergebnisse in welcher Qualität vorliegen. Dabei ist es notwendig, sich die Ergebnisse hinsichtlich der nachhaltigen Wirkung anzuschauen, sie zu prüfen und zu überlegen, ob weiteres Potential für eine optimale Nutzung oder zur Sicherung der Nachhaltigkeit vorhanden ist (Valorisierung).

In den Projekten erfolgt daher immer eine Ergebnissicherung (z.B. Befragung Teilnehmende, Lehrende; Auswertungsgespräche mit Personen aus Kooperationen etc.), die am Ende mit dem Ziel evaluiert wird, eine möglichst nachhaltige Bildungsinitiative zu erreichen (siehe 10. Evaluation).

10. Evaluation

Die Evaluation ist integrierter Bestandteil des Projektes. Sie ist ein fortlaufender Prozess, der von der Zielformulierung bis hin zur Auswertung alle Projektschritte und alle Einzelmaßnahmen begleitet. Ziel ist es, die Qualität und den Erfolg der Bildungsangebote zu überprüfen und zu optimieren sowie über Relevanz, Nachhaltigkeit, Wirksamkeit und Effizienz des Projekts Auskunft zu geben.

Sie umfasst u.a.:

- eine Ergebnissicherung
- (z.B. Zufriedenheit der Teilnehmenden, Transfer in den Alltag)
- die Beurteilung der Ergebnisse auf der Grundlage der gesetzten Ziele und Erfolgskriterien
- Schlussfolgerungen für Folgeprojekte

Die Ergebnisse der Evaluation werden in den Projekt- bzw. Sachbericht integriert.